

## Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer

In Deutschland brummt die Wirtschaft, heißt es. Zumindest bis zur nächsten Krise. Vielleicht müssen dann erneut Milliarden Steuergeld für die „Bankenrettung“ verschleudert werden.

Viele spüren, an diesem System stimmt vieles nicht. Sonst gäbe es nicht so viel Unruhe im Land.

Jeder weiß eigentlich: Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer und immer mehr.

Diese Entwicklung macht auch um unsere Stadt keinen Bogen. So hörte man aus der Stadtverwaltung, die Zahl der Obdachlosen hat sich in der letzten Zeit verdoppelt.

Wenn Menschen zornig werden über die tägliche Ungerechtigkeit, oder wenn ein rechtsangesiedelter Verfassungsschutzpräsident „die Treppe hinauffällt“, dann sollte man den Leuten den Zorn nicht ausreden. Es geht um viel. Es geht um die Zukunft der nach uns Kommenden. Man freut sich über junge glückliche Eltern, wünscht sich aber manchmal mehr junge Menschen dabei, wenn es um

Gerechtigkeit, den Frieden oder auch um den Erhalt unserer Wälder geht. Die UNO legte gerade ihren neuen Welternährungsbericht vor. Das sollte uns alle interessieren. Die Zahl der hungerleidenden Menschen in der Welt steigt wieder. Im Jahr 2017 hatten 821 Millionen Menschen, etwa jeder neunte Erdbewohner, zu wenig zu essen. Demnach haben weltweit 22 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren - insgesamt 151 Millionen - Wachstumsverzögerungen.

Zurück in unser Land. In Deutschland ist der Einkommensanteil des obersten Prozents von 1983 bis 2013 um knapp 40 Prozent gewachsen und der Anteil der unteren 90 Prozent um 10 Prozent gesunken - und allein Deutschland gibt gerade 15 Milliarden Euro jährlich, nur für militärische Beschaffungen, Materialerhalt, Wehrforschung, wehrtechnische Entwicklung und Erprobung aus. Das ist doch eine verkehrte Welt.

Das muss unbedingt geändert werden.



Die AfD wollte ins Bürgerhaus Mörfelden. Es gab eine beeindruckende Antwort. „Rund 700 Menschen feierten“, so die „Frankfurter Neue Presse“, im Laufe der Veranstaltung vor dem Veranstaltungsort.

Die Initiatoren, „Blues gegen Rechts“, hatten zu einem Konzert eingeladen. Sie erklärten: „Dies ist eine überparteiliche Aktion, sie unterstreicht: Mörfelden-Walldorf ist und bleibt bunt!“. Es war eine wichtige Veranstaltung gegen die AfD und die Rechtsentwicklung im Land.

Unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Kommunalpolitiker, das städtische Integrationsbüro, aber auch Vertreter von Parteien und Vereinen, die unter dem Motto „Mörfelden ist bunt“ zu einer Teilnahme an der Kundgebung eingeladen hatten. Dabei auch auch viele Menschen mit Migrationshintergrund und viele ältere Menschen, die unter dem Motto „Omas gegen Rechts“ demonstrierten. Die DKP/LL zeigte ihr Transparent: „Nie wieder Faschismus!“

Im Mai 1998 wollten die „Republikaner“, ins Bürgerhaus. Es gab damals eine Kundgebung der Aktion Toleranz. Der Widerstandskämpfer Peter Gingold hielt eine beeindruckende Rede. Die Nazis kamen nicht durch. Im September 2018 waren viel mehr vor dem Bürgerhaus, die Gefahr ist aber auch viel größer geworden.

Natürlich hätte sich die AfD, in der sich Neonazis sehr wohl fühlen, auch einen anderen Saal mieten können. Aber sie wollten symbolhaft ins Bürgerhaus, ins ehemalige Volkshaus. Es gibt viele Gründe, dagegen anzugehen.

Mehr zum Thema: Seite 3



Die Straßenbeiträge sind wieder abgeschafft. Ohne den Druck von unten hätte sich oben nichts geregelt. Die Plakate der DKP waren überall zu sehen. Eine Bürgeraktion kämpfte aktiv gegen diese ungerechte Abzocke. Die Abschaffung der Beiträge bestätigt erneut die alte Erkenntnis: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“



## Keine weiteren deutschen Kriegseinsätze!

Es wird berichtet: Die „Verteidigungs“ministerin von der Leyen überlegt, deutsche Tornadoflugzeuge in Syrien bombardieren zu lassen. Die Trump-Regierung hat es gefordert. Und einzelne Politiker aus CDU, CSU, FDP und von den Grünen springen ihr bei. Der Plan beinhaltet u.a., diesen Einsatz ohne Zustimmung des Bundestages umzusetzen - der Eile wegen! Ein solcher Einsatz wäre klar völkerrechtswidrig und gegen das Grundgesetz (Art. 25 Vorrang des Völkerrechts; Art. 26 Friedenssicherung)!

### Die „Gründe“ sind heute schnell fabriziert

Als „Grund“ für einen Kriegseinsatz in Syrien wird uns ein angeblich bevorstehender Giftgaseinsatz des syrischen Präsidenten Assad präsentiert. Dieses Szenario hatten wir schon öfters, dass aus Syrien Giftgaseinsätze gemeldet wurden, wenn die sogenannten Rebellen auf die Verliererstraße in diesem brutalen Bürgerkrieg gerieten.

Allerdings hat sich inzwischen auch in unseren Medien herumgesprochen, dass es sich bei den sogenannten Rebellen im Wesentlichen islamistisch-terroristische Gruppen handelt, dominiert von der Al Quaida nahen Al Nusra Front (inzwischen hat sie sich mal wieder umbenannt in Hajat Tahrir asch-Scham).

Etwa 10000 bis 60000 dieser „Rebellen“ sollen sich in der Provinz aufhalten. Sie werden wiederum die Bevölkerung als lebende Schutzschilde benutzen und vermutlich werden sie auch wieder einen Giftgasangriff melden, simulieren oder gar durchführen, um die Luftwaffe der USA und anderer NATO-Mächte herbeizurufen.

Man muss doch fragen, wo diese Politik uns hinführen möchte: Völkerrechtswidrige Militäreinsätze in aller Welt? Immer mehr Aufrüstung? Verlegung von Truppen an die russische Grenze? Weigerung, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen anzuschließen. Das ist eine Politik globaler Großmachtsfantasien.

### Bundeswehr schickt 8000 Soldaten in Manöver

Deutschland zählt zu größten Truppenstellern einer NATO-Übung in Norwegen, die gegen Russland gerichtet ist. Die Bundeswehr schickt 8000 Soldaten, etwa 100 Panzer und insgesamt mehr als 2000 Fahrzeuge in das vielleicht größte NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges. Damit zählt Deutschland zu den größten Truppenstellern bei der Übung „Trident Juncture“ mit insgesamt mehr als 40 000 Soldaten aus etwa 30 NATO- und Partnerstaaten. Die Übung soll vom 25. Oktober bis 7. November in Norwegen stattfinden. Beim letzten vergleichbaren Großmanöver der NATO war die Bundeswehr 2015 nur mit etwa 3000 Soldaten vertreten.

Wegen »Trident Juncture« (Dreizačkiger Verbindungspunkt) steigt die deutsche Beteiligung an internationalen Übungen in diesem Jahr auf die Rekordzahl von 12 000 Soldaten – das sind drei Mal so viel wie im vergangenen Jahr. Russland hat seine Übungen in der Nähe zum NATO-Bündnisgebiet ebenfalls verstärkt. So entsteht eine Lage, die brandgefährlich und sehr teuer ist. Die Kosten für die aktuellen Übungen liegen nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums bei 90 Millionen Euro.

## Rundgang

In Mörfelden gab es den zweiten Rundgang „Auf den Spuren jüdischer Geschichte“. „Wir stellen mit Sorge fest, dass völkisches Gedankengut der AfD immer mehr in der Mitte der Gesellschaft ankommt“, sagte Hans-Jürgen Vorndran zu Beginn eines Rundgangs auf jüdischen Spuren. Man wolle gerade wegen der aktuellen politischen Situation weiter gegen das Vergessen arbeiten. Bürgermeister Becker begrüßte die Teilnehmer. Der Rundgang führte vom Gedenkstein am Dalles in die Langgasse 40, die Zwerggasse 2 und 3, die Hintergasse 18, die Mittelgasse 9 und in die evangelischen Kirche. Hier sprach Pfarrerin Meike Sohrmann. Dietmar Treber, Heinz, Rudi und Jana Hechler haben bei dem Rundgang an den verschiedenen Stationen über das Schicksal der jüdischen Familien berichtet, die zunächst isoliert, später deportiert und in Konzentrationslagern getötet wurden. Nur wenigen gelang die Flucht. Heinz Hechler (Foto) ist noch Zeitzeuge. Er weiß bis heute, wie jüdische Kinder in der Schule plötzlich von den Lehrern schikaniert wurden. Die kleine Ilse Mainzer habe tränenüberströmt den Raum verlassen. Im Vernichtungslager Sobibor ist Ilse, damals gerade mal 14 Jahre alt, ermordet worden.

### Danke

Wir bedanken uns für Hinweise und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten!

Unser Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG  
IBAN

DE37 5085 2553 0009 0034 19

**Mörfelder Arbeiter bauen ein Volkshaus.**

**Hier steht heute ein Denkmal für die im Faschismus politisch verfolgten Arbeiter.**

**Ein wichtiger historischer Platz für alle Menschen, die aus der Geschichte gelernt haben.**



## Nichts vergessen

Am 26. Januar 1924, trafen sich im Gasthaus „Weingarten“ Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter und gründeten einen Volkshausverein.

Am 4. September 2018 gab es im Bürgerhaus eine Versammlung der AfD.

Man muss aus der Geschichte lernen.

### Arbeiter fanden damals zum Sport

Auch in Mörfelden gab es damals nicht mehr genügend Platz für den Sport- und Kulturbetrieb. „Wir brauchen einen großen Saal“, immer wieder finden wir diese Forderung in den Protokollen des Vereins, der vier Jahre brauchte, um die Idee eines großen Arbeiter-Vereinshauses in die Bevölkerung zu tragen.

Georg Zwilling, ein über die Grenzen Mörfeldens bekannter und beliebter Kommunist und späterer „roter Bürgermeister“, führte den Vorsitz.

Am 26. Oktober 1928 wurde am damaligen Ortsrand ein 750 qm großes Baugrundstück gekauft, der sogenannte „Acker hinterm Kirchhof“.

In einer Zeit, in der ein Metallarbeiter zirka 35 Mark wöchentlich

verdiente, wurde beschlossen, dass jedes Vereinsmitglied mindestens 50 Mark beisteuern soll.

Wöchentlich wurden 50 Pfennig abkassiert. Die Generalversammlung am 20. Februar 1926 schloß mit dem Appell: „...dieses Jahr soll einen gewaltigen Fortschritt bedeuten.“

Das war Optimismus. In Deutschland gab es im Februar 2,3 Millionen Arbeitslose.

### 1926 kam der Erfolg

460 Mitglieder wurden geworben, 320 Einwohner erklärten sich bereit, zinslose Anteilscheine zu zeichnen. Am 1. Mai 1928 wurde mit dem Bau begonnen. In freiwilliger Arbeit bauten die Arbeiter ihr Haus. Es gab damals noch keinen freien Samstag, aber dennoch wurde an den Abenden, den Samstagnachmittagen und an Sonntagen gearbeitet. Die Bauherren waren die Bauleute. Und die Frucht der Arbeit fiel jenen zu, die gearbeitet hatten.

Alles war zu Ende, als die Faschisten an die Macht kamen. Im Mai 1933 schloss ein Wachtmeister Fischer im Naziauftrag das Volkshaus. Viele der Volkshaus-Bauarbeiter kamen ins KZ

Osthofen. In einer damaligen Zeitung stand: „Hier werden verwilderte Marxisten zu anständigen Menschen erzogen!“

Bei der Kundgebung gegen die AfD waren auch die heute noch lebenden Nachkommen der damaligen Erbauer. Mit großem Ernst wurde bei ihnen über die Rechtsentwicklung gesprochen:

„Mein Vater und andere würden sich im Grab umdrehen, wenn wir heute nicht da wären, um gegen die neuen Nazis zu kämpfen“, hörte man.

„Sie haben uns einen Auftrag erteilt: Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus.“ Nicht alle Mörfelder Antifaschisten überlebten. Zurück kamen ausgemergelte Moorsoldaten, Überlebende aus dem Strafbataillon und den Konzentrationslagern.

Direkt am Bürgerhaus steht das große Mahnmal für die Erbauer, mit dem Text:

„Also seid ihr verschwunden, aber nicht vergessen“.

Der Text ist von Bertolt Brecht. In seinem Gedicht heißt es u.a.:  
*Kaum Erreichbare ihr - in den Lagern begraben, abgeschnitten von jedem menschlichen Wort. Und ausgeliefert diesen Mißhandlungen. Niedergeknüppelte aber nicht Widerlegte, Verschwundene, aber nicht Vergessene.*

*Hören wir wenig von euch, so hören wir doch: Ihr seid unverbesserbar, Ihr seid unabbringbar unserer Sache ergeben, unabbringbar davon:*

*Daß es in Deutschland immer noch zweierlei Menschen gibt:*

*Ausbeuter und Ausgebeutete, Und daß nur der Klassenkampf die Menschenmassen der Städte und des Lands aus ihrem Elend befreien kann. Also seid ihr verschwunden, aber nicht vergessen.*



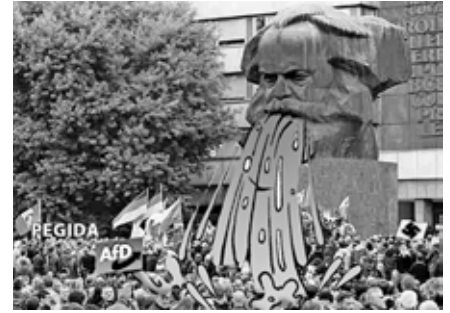
# blickpunkt jugend



Eine beeindruckende Ausstellung der Werke von 25 Künstlerinnen aus dem Piemont war in der Kommunalen Galerie zu sehen. Zur Verfügung gestellt wurde sie von der Turiner Galeristin Paola Malato in Zusammenarbeit mit der Galerie Filippo Scropp und der Stadtverwaltung unserer Partnerstadt Torre Pellice.

Der Bürgermeister von Torre Pellice, Marco Cogno, war zusammen mit der Beigeordneten Maurizia Allisio und dem Gemeinderatsmitglied Paolo Giordano zur Eröffnung angereist. Die Gruppe besuchte auch die Finissage des Skulpturenparkes in der Parkanlage am Bürgerhaus und ließ sich bei dieser Gelegenheit mit großem Interesse das Denkmal für die Erbauer des Volkshauses zeigen.

Von links: Alfred J. Arndt, Stadtrat der DKP/LL, Mö-Wa; Marco Cogno, Bürgermeister von Torre Pellice, Bürgerliste „Spighe fra i Monti“ (Sozialisten); Maurizia Allisio, Beigeordnete für Kultur, Gleichberechtigung, Integration; Paolo Giordano, Mitglied des Gemeinderates.



**Karl Marx geht es eigentlich gut, aber in Chemnitz wurde es ihm doch übel.**

Bei der ersten Veranstaltung der AfD vor dem Mörfelder Bürgerhaus gab es Widerstand. Die Stimmung vor Ort war friedlich, aber bestimmt. Es war ein Treffen, das sich ausschließlich über Facebook rekrutierte. Der Titel „die AfD das erste mal in der Doppelstadt“ reichte.

Das ist bemerkenswert und für die Zukunft und die kommenden Vorstöße von Brandstiftern wie der AfD, die es mit Sicherheit geben wird, wünschenswert.

In Mörfelden-Walldorf stimmten zur letzten Kreistagswahl fast 12,5% für die AfD. Deshalb muss uns allen klar sein, dass es ohne einen organisierten und engagierten Widerstand gegen die Forderungen und Auswüchse der AfD nicht immer so aussehen wird. Es kann dabei nicht um ein Niederbrüllen von Forderungen gehen, sondern nur um einen Dialog der allen verunsicherten Menschen in Mörfelden-Walldorf zeigt, dass so keine Alternative aussieht.

**Wir brauchen einen Protest, mit der klaren Kante gegen Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Warum steht das hier auf unserer Jugendseite?**

Der Protest kann nicht nur aus denen bestehen, die sich schon seit Jahrzehnten der NPD oder den Republikanern in der Doppelstadt und anderswo entgegengestellt haben. Dem allgegenwärtigen Rechtsruck der Politik, aber auch dem merklich kälteren Klima in Deutschland kann nur etwas entgegengesetzt werden, wenn sich Jugendliche, junge Werk-tätige und Studenten\*innen in der Pflicht sehen, etwas zu tun.

**Eben auch außerhalb der Großstädte und das längerfristig.**

**Wir sehen uns - hoffentlich - bei der nächsten Demo. Tim Beyermann**



Vor genau 45 Jahren, am 11. September 1973, putschten chilenische Militärs mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte Regierung des Sozialisten Salvador Allende. Wie in jedem Jahr gab es am Jahrestag eine Gedenkstunde am Allende-Platz in Mörfelden.

Auf Einladung des ehemaligen Chile-Komitees wurden Blumen niedergelegt. Man erinnerte an Salvador Allende und gedachte der Opfer.

Vor hundert Jahren, am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg in Berlin von rechtsradikalen Offizieren brutal gefoltert und ermordet. Es gibt Filme, Bücher, Briefmarken, Denkmäler und unzählige Arbeiten über ihr Wirken. Es lohnt sich, Rosa Luxemburg zu lesen.

Rosa Luxemburg bleibt in vielen ihrer Aussagen hochaktuell. In Frankfurt-Bockenheim und in Fechenheim rief sie

im September 1913 eine Menge von Hunderttausenden zu Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung auf: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: Nein, das tun wir nicht!“ Dafür wurde sie der „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit“ angeklagt und im Februar 1914 zu insgesamt 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Ehrung an ihrem Todestag wäre in unserer Stadt möglich und erfreulich.



## Der verschwundene Architekt

Im Jahre 2002 hatte die DKP/OL-Fraktion im Stadtparlament ein Denkmal für die Erbauer des alten Mörfelder Volkshauses initiiert und durchgesetzt. Es gab einen Wettbewerb. Unter 33 Beiträgen wurde ein Vorschlag ausgewählt. Im „blickpunkt“ hieß es damals: „Besser ein Denkmal für Bauarbeiter, als neue Kriegerdenkmäler!“ In der Presse war zu lesen: „Die aufgefalteten Seitenteile wirken aus der Perspektive wie rote Fahnen im Wind. Ein Schrei in Rot!“ „Also seid ihr verschwunden, aber nicht vergessen“, steht auf der roten Stahlskulptur von Professor Gerhard Schweizer, mit der er die Jury überzeugte. Mit dem Brecht-Zitat wollte der Darmstädter Künstler an die Geschichte des in den Jahren 1928 bis 1930 in unzähligen

freiwillig geleisteten Arbeitsstunden von Arbeitern errichteten Volkshauses und das Schicksal seiner Erbauer erinnern. Wir recherchierten wochenlang über die Baugeschichte des Volkshauses.

Viele einmalige Akten wurden von uns gefunden und der Stadt übergeben.

Leider wusste man lange nicht, wer der Architekt des Volkshauses war.

Nach langen Recherchen in vielen Archiven ist es der DKP Mörfelden-Walldorf dann gelungen, den Architekten des Mörfelder Volkshauses ausfindig zu machen. Alfred J. Arndt fand in einem Darmstädter Archiv die wichtigsten Akten.

Das war schon eine kleine Sensation, glaubte man doch, die Baupläne seien im Krieg verloren gegangen. Der Architekt war unbekannt, man interessierte sich auch nicht dafür.

Der Architekt des Volkshauses war Georg Feick. Er absolvierte 1912 ein Praktikum im Büro Musch & May in Frankfurt. Dort wurde er offenbar von dem späteren revolutionären Städtebauer und Visionär Ernst May (Erbauer der Römerstadt und der Hellerhofsiedlung) tief beeindruckt.

Georg Feick wurde am 22. August 1892 in Gonzenheim geboren. Das Elternhaus steht noch, ein schmales Häuschen in der Frankfurter Straße 152. Die Eltern waren keine reichen Leute.

Es waren wohl nicht zuletzt die Einkünfte des Lädchens, die es der Familie möglich machten, den künstlerisch begabten jüngeren Sohn Georg „etwas werden zu lassen“. May schrieb 1928, dem Jahr des Baubeginns des Volkshauses, in der Zeitschrift „Das Neue Frankfurt“: „Architekten des Neuen Bauens eint über alle Grenzen der Länder hinaus ein warm empfundenes Herz für alle Menschen in Not, sie sind ohne soziales Empfinden undenkbar, ja man kann geradezu sagen, daß diese Schar die sozialen Momente bewußt in den Vordergrund des Neuen Bauens stellt.“

Diese Grundidee finden wir wieder bei dem für damalige Verhältnisse kühnen Plan für das Mörfelder Volkshaus, der den engen und ungesunden Wohnverhältnissen der Arbeiterklasse große, lichte, helle und freie Räume entgegensetzte. Das Bürgerhaus ist deshalb auch heute noch von Architekten hoch angesehen.

## Christiane Böhm Kandidatin der LINKEN zur Landtagswahl



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Mörfelden-Walldorf,

am 28. Oktober findet die Landtagswahl in Hessen statt. Das ist die Möglichkeit, der schwarzgrünen Landesregierung eine ordentliche Quittung zu erteilen.

Ich kandidiere für den Wahlkreis 48 und stehe auf Platz fünf der Landesliste der LINKEN. Ich wohne in Trebur und bin Diplom-Sozialpädagogin. Die Landespolitik kenne ich aus der Referententätigkeit im Bereich Sozial- und Gesundheitspolitik, die soziale Realität habe ich durch meine langjährige Arbeit als rechtliche Betreuerin für Menschen kennengelernt, die sich nicht mehr selbst vorstehen können.

Gründe, die schwarzgrüne Koalition abzuwählen, gibt es zuhauf. Täglich kann man sie hier hören. Da die Landesregierung den Rabatten für die Billigflieger zugestimmt hat, ist es sogar in der kurzen

Mediationsnacht laut. Dabei bräuchten wir ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Das Versprechen des grünen Ministers Al Wazir, dass es mit ihm kein Terminal 3 gibt, wurde gebrochen. Es wird gebaut und wird Lärm und Verkehr in der Stadt vermehren, der Treburer Oberwald bei Walldorf soll für den Autobahnzubringer abgeholzt werden.

Der ungehinderte Ausbau des Flughafens ist aber längst nicht alles, was uns von dieser Landesregierung und ihren Vorgängern eingebrockt wurde. An den Schulen brodelt es. Lehrkräfte senden massenweise Überlastungsanzeigen an den CDU-Kultusminister, der sie nicht beantwortet. Da es mehr Schüler\*innen gibt, brauchen wir auch mehr Lehrkräfte. Die Kitagebührenbefreiung wurde halberzig von der Landesregierung nur für über Dreijährige und für sechs Stunden am Tag eingeführt. Sie geht nicht mit einer Qualitätsoffensive einher. Um die Erzieher\*innen in den Kitas zu halten, ist es erforderlich, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hierzu brauchen die Kommunen allerdings einen wesentlich höheren Finanzierungsanteil durch das Land Hessen. DIE LINKE ist der Meinung, dass das Land weitestgehend die Kosten tragen muss.

Auch in Mörfelden-Walldorf machen Hausärzt\*innen ihre Praxis zu, weil sie in Rente gehen. Es gibt aber viel zu wenig Nachwuchs, der bereit wäre eine Praxis für Allgemeinmedizin zu eröffnen. Die Landesregierung muss mehr Studierende in der Medizin zulassen und Allgemeinmedizin zum Pflichtfach erheben. Gleichzeitig soll es Gesundheits- und Sozialzentren geben, bei denen Ärzt\*innen im Angestelltenverhältnis arbeiten können und andere Gesundheitsberufe angesiedelt sind. Hierzu braucht es Unterstützung von Seiten der neuen Landesregierung.

Das sind nur einige Schlaglichter zum Thema: Was muss sich in Hessen nach dem 28. Oktober verändern? DIE LINKE ist bereit und wird sich im Landtag dafür stark machen.

Sie können mich gerne persönlich kennen lernen. Schauen Sie auf meine Web-Seite [www.boehm-christiane.de](http://www.boehm-christiane.de). Sie können mich per Mail unter [christiane.boehm@die-linke-hessen.de](mailto:christiane.boehm@die-linke-hessen.de) oder per Telefon unter 0171 4902908 erreichen. Ich werde aber auch an Informationsständen in Mörfelden und Walldorf vor Ort sein und suche gerne das Gespräch mit Ihnen.

Herzliche Grüße  
Christiane Böhm

## Ärztliche Versorgung in Mörfelden-Walldorf weiter unsicher

Die Fraktion der DKP/Linke Liste hatte eine Anfrage gestellt. Sie wollte wissen, wie die ärztliche Versorgung in der Zukunft aussehen soll.

Vor allem interessierte dabei das Ärztehaus.

Mittlerweile gibt es eine Antwort des Magistrates.

Die „Hessische Landgesellschaft“ hat demnach im Auftrag der Stadt das sanierungsbedürftige Gebäude erworben. Derentsprechende Vertrag wurde Ende 2017 unterzeichnet und das Haus im April übergeben.

Wie es um die Zukunft der medizinischen Einrichtung in der Schuberstraße steht, ist damit aber noch völlig ungewiss.

Der Magistrat erklärt u.a.: Das Ärztehaus in der Schuberstraße soll aufgrund seiner alten Bausubstanz nicht saniert werden. Stattdessen denkt man über einen Neubau nach. Aus Sicht der Verwaltung macht es keinen Sinn, das Gebäude aufwendig zu sanieren. Es gebe daher Überlegungen, ein neues Gebäude zu bauen. In welcher Form das Ärztehaus weiterhin betrieben werden könnte,

sei außerdem noch offen, da dies im Wesentlichen auch von den Interessen der Ärzte abhängt.



Im „blickpunkt“, Nr. 69 - September 1976, gab es diese Titelseite.

Das Ärztehaus in der Mörfelder Schubertstraße stammt aus den siebziger Jahren. Die DKP hatte es jahrelang gefordert, viele Gespräche geführt, hatte es schon 1969 auf die Tagesordnung gesetzt. Die Inbetriebnahme war damals ein echter Fortschritt in der ärztlichen Versorgung.

1976 hatte die Stadt das 2000 Quadratmeter große Grundstück den damaligen Betreibern kostenfrei übertragen, im Grundbuch aber eine Rückfallklausel verankern lassen, falls das Gebäude nicht mehr als Ärztehaus genutzt wird.

Das Ärztehaus bietet Platz für sechs Praxen. Bis zum Herbst 2013 war dort auch der Ärztliche Bereitschaftsdienst untergebracht, der in die elf Kilometer

entfernte Asklepios-Klinik in Langen verlegt wurde. Das war ein Fehler und ein Rückschritt.

Mittlerweile wurden von der Stadt Gespräche mit den Medizinern geführt. Es sieht so aus als könne die Stadt sich nicht in die Lage der Ärzte und der dort Beschäftigten hineinversetzen. (Wir werden darüber berichten.)

Gespräche mit Investoren für einen Neubau seien noch nicht geführt worden.

Die DKP/LL kam in ihrer Anfrage auch auf das Nachbargrundstück zu sprechen, das derzeit von der Telekom genutzt wird.

Wie es hieß, wird nichts aus einem evtl. Ankauf. Die Telekom erklärte, dass weder ein Erwerb noch eine Nutzung des Grundstücks möglich sei.

Die DKP/LL-Fraktion hat den Eindruck, das die Stadt beim Thema Ärztehaus in der Vergangenheit sehr viel „geschludert“ hat.

Das Thema ärztliche Versorgung bleibt auf der Tagesordnung der Fraktion.

### Gleichzeitig

Manchmal flattern Meldungen auf den Tisch, die zusammen passen:

So die neusten Zahlen „Polit-Barometer Infratest“ (21.9.2018): CDU/CSU 28%, SPD 17%, AfD 18%, FDP 9%, Linke 10%, Grüne 15%. Vieles kann sich noch ändern - aber ein Warnschuss ist es allemal.

Eine Wahl steht vor der Tür. Also erscheint „WIR“, das örtliche SPD-Organ, gesponsert von einem hiesigen Unternehmer. Hier die Meldungen „Straßenbeiträge abgeschafft - Grundsteuer gesenkt“.

Also: „Das Wetter schön, die Sonne lacht, das hat die SPD gemacht!“.

Dann dankt man noch der Bürgerinitiative und schimpft auf die DKP, die ja den Widerstand gegen die örtliche Abzocke organisiert hätte. Hier wollen wir nicht widersprechen.

Aber sagen sollte man doch: passt ein wenig auf, sonst seid ihr nahe bei den Freien Wählern, die uns als „Linke Hetzer“ bezeichneten.

Hört am Kerwemontag lieber mal zu, was man heute zur örtlichen SPD sagt: „Die kannst du doch vegesse!“

## OMAS GEGEN RECHTS auch in Mörfelden-Walldorf

„OMAS GEGEN RECHTS“ ist eine überparteiliche Initiative von älteren Frauen (Omas), die in Wien 2017 und in Berlin 2018 bei Großdemonstrationen gegen Rassismus erstmals auftraten.

In Mörfelden-Walldorf gehen wir Omas - und Opas - für das Ziel „Mörfelden-Walldorf ohne Rassismus“ auf die Straße. Uns geht es um den Erhalt unserer Menschen- und Frauenrechte, um den Einsatz für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden Frauen, Männer und Kinder, um die sozialen Standards, die von Eltern und Großeltern zum Teil bitter erkämpft wurden.

Ältere Frauen und Männer erheben ihre Stimme zu rassistischer, fremden- und frauenfeindlicher Politik.

Wir müssen die bedrohlichen Entwicklungen wie Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und faschistisches Gedankengut erkennen, benennen und den politischen Widerstand und die Bewusstseinsbildung organisieren.

Wir älteren Frauen möchten als Gruppe öffentlich auftreten und eine gemeinsame starke Stimme für die Zukunft aller Kinder und Enkelkinder erheben. Wir tragen Verantwortung für die Jugend. Es geht uns um Ermutigung, Vernetzung und sichtbar machen.

**ALT SEIN HEISST NICHT STUMM SEIN!**

**Kontakt: [omasgegenrechts.moe-wa@gmx.de](mailto:omasgegenrechts.moe-wa@gmx.de)**

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

## Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht



. . . wie oft wurde dieser Satz bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn/West und den weiteren Flughafen ausbau vor unserer Haustür ausgesprochen? Er stimmt.

Im Hambacher Forst wurde die Waldräumung begonnen. Hunderte Polizeifahrzeuge und über tausend Polizisten waren schon im Einsatz. Und: Die Rechtslage sei klar, RWE - der Kohlekraftwerksbetreiber - hat das Recht zum Roden.

Die Landesregierung macht sich zusätzlich zum billigen Helfer der RWE und verfügt das „Bauordnungsrecht“.

Das alles kennen wir auch aus eigener Erfahrung in unserer Region. Immer

heißt es: Die Fraport (früher FAG) hat Recht bekommen und diejenigen, die sich an die Bäume ketten, sind im Unrecht. Das alles, obwohl man weiß, es kann nicht so weiter gehen, dass ein Flughafen mitten in einem dichtbesiedelten Raum immer weiter wächst.

Die Menschen leiden unter Lärm, Schadstoffen, Waldverlusten. Sie werden krank.

Alle wissen, dass Kohle keine Zukunft hat. Aber die SPD-Landtagsfraktion in NRW ist sich mit Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) einig: Die umstrittene Rodung des Hambacher Forstes soll nicht aufgeschoben werden.

Die RWE hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob es von der Rodungsgenehmigung Gebrauch macht, wird auch SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty zitiert. Bei der Rodung des Hambacher Forstes geht es aber um mehr. Nicht nur um wertvollen

Baumbestand, es geht ums Klima und die weitere Großnutzung von Braunkohle.

Der Hambacher Forst zwischen Aachen und Köln ist längst zu einem Symbol des Widerstands gegen die Braunkohle geworden. Vor Beginn der Kohleförderung war der Wald 4100 Hektar groß; nach Angaben des Tagebau-Betreibers RWE wurden bislang 3900 Hektar für den Kohleabbau gerodet.

Unsere Solidarität gilt den Waldbesetzern und allen Aktiven im Hambacher Forst.

Wir denken dabei auch an die Waldbesetzer am Frankfurter Flughafen, die gegen die drohende Rodung für den Autobahnanschluss des neuen Billigflieger-Flugsteigs kämpfen.

Wir bleiben dabei: Widerstand gegen Unrecht ist notwendig und gerechtfertigt.

## Lärmobergrenze ist und bleibt ein Placebo

Das hessische Wirtschaftsministerium teilte mit, dass die „Lärmobergrenze“ am Frankfurter Flughafen im Einführungsjahr 2017 eingehalten wurde.

Dazu erklärt Dietmar Treber, stellvertretender Vorsitzender der DKP/LL, für seine Fraktion:

„Die freiwillige ‚Lärmobergrenze‘, mit der es noch lauter werden darf, als es heute schon ist, wurde im Einführungsjahr 2017 laut Ministerium eingehalten. Das ist keine Überraschung, sondern beweist die Wirkungslosigkeit dieser Maßnahme. Vergleichbar wäre die Einführung eines generellen Tempolimits von 300 km/h auf unseren Autobahnen – und der Jubel über dessen rückhaltlose Durchsetzung. Eine Lärmobergrenze, mit der es lauter werden darf, die freiwillig ist und jederzeit ausgesetzt werden kann, sobald es der Fraport AG passt, ist und bleibt ein Placebo.“

Die Konzeption einer starren Lärmobergrenze führe zudem dazu, dass der technische Fortschritt durch

leisere Maschinen zu mehr Flugbewegungen führen könne – und nicht zu weniger Lärm, so Treber.

Notwendig sei daher eine Dynamisierung, „also die stetige Absenkung der Lärmobergrenze nach unten“.

„Für viele Menschen in Mörfelden-Walldorf sowie der gesamten Rhein-Main-Region ist die Belastungsgrenze schon längst überschritten. Es muss deutlich leiser werden, als es heute ist. Daher fordern wir eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr und ein echtes Nachtflugverbot.“

## Bürgerentscheid kommt

Jetzt vormerken:

**Am 16. Dezember 2018 ist der Bürgerentscheid für den Erhalt der zwei Feuerwehrgerechtheiter in Mörfelden und Walldorf.**

**Wir rufen auf, mit „Ja“ zu stimmen!**

## Schwarzer Tag für Mörfelden-Walldorf und die Region

Das Bauamt der Stadt Frankfurt am Main hat die Genehmigung für den vorgezogenen Bau des Flugsteigs G erteilt.

Hessens Wirtschaftsminister Al-Wazir (Grüne) hat dieser fatalen Entwicklung mit der Genehmigung der Fraport-Rabatte für Billigairlines den Weg bereitet. Auch die Stadt Frankfurt macht mit, wie die Genehmigung des vorgezogenen Baus des Billig-Flugsteigs G belegt.

Mit Blick auf die Airline Eurowings - die ab März 2019 Flüge von Frankfurt nach Berlin anbieten will - befürchten die Gewerkschaften, dass die Lufthansa mit der Stärkung ihrer Billigflugairline Tarifverträge umgehen und Löhne drücken will.

Es gleicht einem Offenbarungseid, dass die Fraport AG jetzt versucht, mit Billigfluggesellschaften den Kapazitätszuwachs auszufüllen, der mit überhöhten Passagierprognosen einst begründet wurde. Es wird notwendig, stärker dagegen anzugehen.

# Stadtgeschichten



Es war am Kerbmontag des Jahres 1931, als sich zur Frühschoppenzeit über 60 Personen, darunter 25 Kinder, auf der Liebknechtstraße/ Ecke Herweghstraße zusammen fanden. Es wurde damals ja noch nicht so viel fotografiert wie heute und so wurde die Gelegenheit gerne genutzt, als der Fotograf seine Kamera mit Stativ aufbaute und es hieß: „Alle e mol zusamme rücke“. Sie standen vor der dortigen Gaststätte, die der Inhaber Heinrich Gernandt „Zum Anker“ nannte. Aber in Mörfelden sagte man „Beim Kuli“. Der Wirt musste während des Ersten Weltkrieges zur Marine und so hatte er auch später noch eine Beziehung zum weiten Meer. Im Lokal, über dem Büfett, hing, wie auf alten Fotos zu sehen, ein Rettungsring und sein Stammtisch-Club nannte sich „Neptun“. Den Wirt, Heinrich Gernandt, „De Kuli“ mit Schnurrbart, sehen wir unter dem hochgehaltenen Apfelweinkrug, mittlere Reihe links.



Politisch uninteressiert waren die Bürger und ganz besonders der Stammtisch-Club damals sicher nicht. Ihr Schild mit der Aufschrift „Trotz Notverordnung Kerb 1931“ verweist auf die Krise in Berlin. Die dortige Regierung unter Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Brüning (Zentrum) regierte nur noch mit Hilfe von Notverordnungen und ohne das Parlament. Im Volksmund hieß er „Der Hungerkanzler“. Die Arbeitslosigkeit erreichte 5 Millionen und die Löhne und Gehälter wurden gekürzt. Darauf verweisen die beiden anderen Schilder. Die Nazis stiegen zur zweitstärksten Fraktion auf und noch nicht zwei Jahre später ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Heute eine Erinnerung und eine Mahnung.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

**Cocktailabend Thema: Spooky Halloween**  
Freitag, 5. Oktober 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

**Shiatsu-Massageworkshop**  
Mit Gesund-Fit Shiatsu-Praktikerin Britta Rollwagen  
Samstag, 6. Oktober 2018 - 11 Uhr - Eintritt frei

**Bodo Kolbe - Urlaubsgrüße und andere  
unfreiwillige Literatur**  
Freitag, 12. Oktober 2018 - 20 Uhr  
Eintritt 12,- VVK im KuBa und in der Buchhandlung Giebel

**Wolfskinder: Eine Kindergeneration nach 1945**  
Mittwoch, 17. Oktober 2018 - 20 Uhr  
Eintritt: 12,- (ermäßigt) - Vorverkauf im KuBa und in  
der Buchhandlung Giebel, Walldorf

# KuBa

**Das Vinyl wird gerettet**  
Donnerstag, 18. Okt. 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

**Ausstellungseröffnung Sky Lines**  
Fotos von Thomas Lindner  
Sonntag, 21. Oktober 2018 - 15 Uhr - Eintritt frei

**„Oh, Simone! Warum wir Beauvoir wieder  
entdecken sollten!“**  
Lesung und Gespräch mit Julia Korbik  
Dienstag, 23. Oktober 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

**Diskussion - Die Energiewende in der  
gesellschaftlichen Zerreißprobe**  
Donnerstag, 25. Oktober 2018 - 20 Uhr  
Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

E jung Fraa  
unne aal Haus -  
do hodd mer  
veel ze duu.